

Dr. Wolfgang Mückstein
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.580.375

Wien, 8.10.2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 7626 /J der Abgeordneten Mag. Gerald Hauser, Peter Schmiedlechner und weiterer Abgeordneter betreffend den aktuellen Stand der Verhandlungen des Mercosur-Abkommens** wie folgt:

Frage 1:

- *Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen zu Mercosur?*

Das Abkommen befindet sich derzeit in der Phase der Übersetzung und sprachjuristischen Prüfung. In den letzten Monaten wurde ein Austausch zwischen der Europäischen Kommission (EK) und den Staaten des „Mercado Común del Sur“ (Mercosur) hinsichtlich der zum Abkommen geäußerten Bedenken geführt. Um diese aufzugreifen, wird seitens der EK ein gemeinsames, rechtlich verpflichtendes Zusatzinstrument angestrebt, das problematische Themenbereiche, wie zum Beispiel illegale Abholzungen, Waldbrände, Arbeitsstandards, die Umsetzung des Pariser-Klimaabkommens, den Schutz der indigenen Bevölkerung oder die rechtliche Handhabe bei Verstößen gegen Umweltvorschriften adressieren soll. Die Gespräche dazu werden voraussichtlich in den nächsten Monaten weiter vertieft.

Frage 2:

- *Wie sehen der weitere Ablauf und der Zeitplan bei den Verhandlungen zum Mercosur-Abkommen aus?*

Allgemein werden nach dem Abschluss von Verhandlungen zu Handelsabkommen eine endgültige rechtliche Prüfung des Textes und die Übersetzung des Abkommens durchgeführt. Danach werden seitens der EK die Vorschläge für Genehmigung, Unterzeichnung und Abschluss vorbereitet und dem Rat und dem Europäischen Parlament vorgelegt. Gemischte Abkommen müssen zusätzlich durch die nationalen Parlamente der EU - jeweils dem nationalen Prozedere folgend - ratifiziert werden. Im Zusammenhang mit dem Mercosur- Abkommen sind ho. keine näheren Informationen zum Zeitplan der Europäischen Kommission in Bezug auf die weiteren Schritte bekannt.

Fragen 3, 4 und 5:

- *Wie ist die Position des Bundesministeriums in Sachen Mercosur?*
 - a. *Ist diese Position im Einklang mit den anderen Bundesministerien?*
 - b. *Mit welchen Bundesministern koordinieren Sie ihre Positionen?*
- *Werden Sie sich für den Stopp der Verhandlungen zu Mercosur einsetzen?*
 - a. *Falls ja, wann und in welcher Form?*
 - b. *Falls nein, sind Sie für die Fortführung der Verhandlungen?*
- *Bei welchen Gelegenheiten haben Sie sich in der EU gegen das Mercosur-Abkommen ausgesprochen?*

In der Stellungnahme des Hauptausschusses des Nationalrats vom 18. September 2019 und der Stellungnahme des EU-Ausschusses des Bundesrates vom 10. März 2020 gemäß Art. 23e B-VG, wurde die Bundesregierung aufgefordert, sicher zu stellen, dass Österreich in den EU-Gremien gegen den Abschluss des Handelsabkommens mit den Mercosur-Staaten auftritt. Diese Beschlüsse sind für die Positionierung der Bundesregierung und somit auch für das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz verbindlich und maßgeblich. Es gibt einige Bedenken gegenüber dem Mercosur-Abkommen. Aus Sicht des Vorsorgeprinzips betrifft das beispielsweise die Bereiche Lebensmittelsicherheit und Kennzeichnung (Gentechnik).

Prinzipiell ist der Rat "Auswärtige Angelegenheiten" verantwortlich für das außenpolitische Handeln der EU, das sich auch auf den Bereich Handel erstreckt. Dem Rat "Auswärtige Angelegenheiten" gehören die Außenministerinnen und -minister der EU-Mitgliedstaaten an. Zu Angelegenheiten der gemeinsamen Handelspolitik nehmen an der Tagung gegebenenfalls die Handelsministerinnen und -minister der EU Teil.

Auf Basis vorliegender Informationen verwendet das für die Verhandlungen zuständige Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaft in den befassten EU-Gremien folgende Sprachregelung (vgl. 391/AB XXVII. GP): "Aufgrund eines entsprechenden Beschlusses des nationalen Parlaments legt Österreich einen parlamentarischen Vorbehalt zum Mercosur-Abkommen ein. Die österreichische Bundesregierung ist bis auf weiteres an diese Haltung rechtlich gebunden."

Die nationale Koordinierung zu handelsrelevanten Fragen erfolgt im Rahmen von Vorbesprechungen zum Trade Policy Committee (TPC) auf Einladung des federführenden Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort. Das BMSGPK ist im Rahmen der do. gesetzten Koordinierungsaktivitäten einbezogen.

Frage 6:

- Welche Position für/gegen Mercosur vertreten andere EU-Länder?

Hinsichtlich der genauen Positionierung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zum Mercosur Abkommen darf auf die, durch das federführende Ressort BMDW an das Parlament regelmäßig übermittelten Berichte zum Trade Policy Committee, etc. verwiesen werden.

Frage 7:

- Wird es zu der Folgenabschätzung für die gesamte EU auch eine Folgenabschätzung für Österreich geben?
 - a. Falls ja, wann?
 - b. Falls nein, warum nicht?

Es darf auf die durch das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort beauftragte Studie „Implications of the EU-Mercosur Association Agreement for Austria - A Preliminary Assessment“ vom August 2020 verwiesen werden, welche auf der Website des Kompetenzzentrums "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW) veröffentlicht wurde.

Frage 8:

- Wie beurteilen Sie die langen Transportwege und ihre Wirkung auf die Klimaziele?

Die Beurteilung von Transportwegen und ihre Wirkung auf die Klimaziele fällt nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. Klar ist, die EU-Mitgliedsländer haben sich im Rahmen der Umsetzung des Europäischen Grünen Deals verpflichtet, die Emissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Auch die Handelspolitik muss zur Umsetzung der Ziele des Grünen Deals beitragen.

Angemerkt werden kann, dass eine Zunahme von Verkehr und damit verbunden eine Zunahme von Emissionen nicht nur negative Auswirkungen auf das Klima, sondern auch eine Zunahme von Feinstaubbelastung und Lärm bedingen. Dadurch verursachte Gesundheitsschäden können die Lebenserwartung signifikant reduzieren.

Frage 9:

- Welche konkreten Maßnahmen haben Sie gesetzt, um die heimische Rinder-Wirtschaft vor Billigimporten zu schützen?

Es wird festgehalten, dass Fragen des Wettbewerbs und des Schutzes der heimischen Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft in die Zuständigkeit der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus sowie der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort fallen.

Mein Ressort und ich versuchen im Rahmen der Zuständigkeiten die Lebensmittelsicherheitsstandards in Europa und auch für Importe aus Drittstaaten so hoch wie möglich zu halten, um zu gewährleisten, dass die österreichischen Konsumentinnen und Konsumenten sichere Lebensmittel kaufen können.

Frage 10:

- Wie unterscheiden sich die Lebensmittel-, Umwelt- und Sozialstandards in den einzelnen Mercosur-Staaten gegenüber Österreich?

Diesbezüglich darf auf das *“Sustainability Impact Assessment in Support of the Association Agreement Negotiations between the European Union and Mercosur”* vom Dezember 2020

und das entsprechende Positionspapier der Europäischen Kommission vom März 2021 verwiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Mückstein

